

Empirische Deliberationsforschung – eine systematische Übersicht

André Bächtiger und Dominik Wyss (Universität Luzern)

Erscheint in Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Jg. 7 Heft 2 // 2013

Abstract: Die empirische Deliberationsforschung hat nach zögerlichem Start in den 1990er Jahren einen wahren Boom erlebt: das philosophische Konstrukt des vernünftigen Dialogs wurde nicht nur auf sein Vorkommen in der politischen und zivilgesellschaftlichen Sphäre hin untersucht, sondern zunehmend auch in Modelle politischen Entscheidungshandelns eingebaut. Folgender Literaturbericht fragt systematisch nach den Funktionsweisen deliberativen Handelns, seiner institutionellen, kulturellen und akteursspezifischen Voraussetzungen sowie den Ergebnissen, die aus deliberativ hochwertigen Prozessen erfolgen. Die mittlerweile vielfältigen empirischen Studien zeigen, dass insbesondere unter günstigen institutionellen Bedingungen Akteure in Politik und Zivilgesellschaft vernünftig miteinander diskutieren können, wobei sich dann auch normativ wünschbare Ergebnisse (wie höhere epistemische Qualität oder breiter abgestützte Kompromisse) einstellen. Gleichwohl bleiben nach einer Dekade intensiver Forschung einige zentrale Fragen offen, insbesondere die Frage nach der stringenten Trennung von deliberativem (und verständigungsorientiertem) und strategischem Handeln.

Schlüsselwörter: Deliberation, Politische Philosophie, Institutionenforschung, Zivilgesellschaft

Author note: Für sehr hilfreiche Kommentare und Hinweise zu diesem Artikel danken wir Marianne Kneuer, Seraina Pedrini, Marlène Gerber, Simon Beste und Patrick Emmenegger. Für eine vorzügliche Durchsicht auf sprachliche und andere Unzulänglichkeiten danken wir Annelène Bächtiger und Christoph Mohamad-Klotzbach.

1 Einleitung

Ogleich Deliberation bereits Anfang der 1990er Jahre zu einem zentralen Referenzpunkt in der politischen Philosophie wurde, kam die systematische empirische Forschung zu diesem Thema erst ab Anfang der 2000er Jahre in Gang. Der Grund für diese zögerliche Entwicklung ist einfach zu benennen: Die klassischen Sozialwissenschaften taten – und tun – sich schwer mit den Annahmen und Implikationen des deliberativen Modells, denn ein idealer deliberativer Prozess ist in seiner klassischen Fassung außerordentlich anspruchsvoll. In einem solchen Prozess begründen Teilnehmende ihre Positionen und Sichtweisen ausführlich und mit Blick auf das Gemeinwohl; sie begegnen anderen Teilnehmenden und anderen Sichtweisen mit Empathie und Respekt; sie versuchen nicht, ihre Präferenzen durchzusetzen, sondern lassen die von ihnen erhobenen Geltungsansprüche in Frage stellen und sind bereit, sich vom besseren Argument überzeugen zu lassen. Dabei sind die Teilnehmenden einerseits frei von inneren und äußeren Zwängen, andererseits auch wahrhaftig, d.h. sie sagen also das, was sie wirklich denken und meinen. Ein solcher Prozess führt idealerweise zu einem Einstellungswandel von einer Ego-Perspektive zu einer inklusiven Wir-Perspektive, wodurch ein rationaler Konsens über Geltungsansprüche erreicht werden kann, dem alle aus identischen Gründen zustimmen können. Zusätzlich hat Deliberation einen egalitären Anspruch: Es sollen alle von einem Entscheid potentiell Betroffenen gleichberechtigt am Diskurs teilnehmen dürfen (Habermas 1981, 1992, 1996, 2012; Chambers 1996; Gutmann und Thompson 1996).

Diese deliberative Vision von politischem Entscheidungshandeln – basierend auf Gleichheit, Zwangsfreiheit, rationaler Argumentation, Authentizität, Perspektivübernahme und inhaltlichem Konsens – prallt mit dem disziplinären, aber auch generellen Verständnis von Politik zusammen. Aus Sicht vieler Politikwissenschaftler und Politikbeobachter liegt die Essenz (demokratischer) Politik im Konflikt und der Dezision und nicht im inklusiven, zwangsfreien, egalitären und konsensorientierten Diskurs. In seiner Rückschau auf die Entwicklung der deutschen Politikwissenschaft hält Kittel (2009, S. 597) fest: „Es geht der Disziplin im Kern um die Analyse strategischer Interaktionen zwischen Akteuren in asymmetrischen Beziehungsstrukturen, die durch öffentliche Institutionen definiert werden“. In der Tat, wenn Politik als strategische Interaktionen mit Gewinnern und Verlierern verstanden wird, dann können deliberative Visionen nur mehr eine „romantische Illusion“ (Schmalz-Bruns 1995, S. 361), allenfalls ein kritischer Stachel sein, aber wohl kaum einen Beitrag zu einem empirisch gehaltvollen Verständnis von Politik leisten. Doch

interessanterweise will auch Kittel nicht kategorisch ausschließen, dass es ein deliberatives Mehr in der Politik geben kann. Er plädiert dafür, politische Interaktionssituationen diskursanalytisch zu durchleuchten, wodurch Handlungsspielräume sichtbar werden könnten, in denen das Akteurshandeln auch deliberative Züge annimmt.

Bereits in den 1990er Jahren - noch bevor die empirische Deliberationsforschung Fahrt aufnahm - hat eine Debatte in der *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* (ZIB) versucht, die grundsätzlichen Möglichkeiten von Deliberation in den internationalen Beziehungen als empirische Handlungslogik zu eruieren. Konkludierend zur Debatte hielt Risse-Kappen (1995, S. 182) fest: „Vor allem aber ist die weitere Diskussion, die bisher auf einem hochabstrakten Niveau verläuft [...] und Beispiele aus der real existierenden internationalen Politik allenfalls zur Illustration verwendet, dringend auf empirische Forschung angewiesen.“

Dieser Aufruf verhallte nicht ungehört. In den letzten fünfzehn Jahren seit der ZIB-Debatte hat sich langsam, aber stetig eine distinkte Forschungsrichtung entwickelt, die sich mit den Möglichkeiten und Bedingungen deliberativen Handelns in der Politik und Zivilgesellschaft auseinandersetzt, wobei das philosophische Konstrukt von Deliberation auch empirischen Tests unterzogen wird. Dies soll im Folgenden in Form einer systematisierten Literaturübersicht dokumentiert, reflektiert und auch konstruktiv kritisiert werden (für Vorhaben in ähnlicher Absicht siehe Mutz 2008; Thompson 2008; Schaal und Ritzi 2009)¹. Dabei behandeln wir zunächst die Frage, ob und wie das philosophische Konstrukt der Deliberation überhaupt als empirische Handlungslogik fungieren kann (2). Anschließend präsentieren wir ein (einfaches) Modell empirischer Deliberation, welches Voraussetzungen, Prozesse, und Ergebnisse deliberativen Handelns in den Blick nimmt (3). Basierend auf diesem Modell betrachten wir danach eine Reihe von bestehenden und neueren Studien zu Deliberation in der politischen Sphäre (4) sowie in der Zivilgesellschaft (5). Dieser Überblick bezweckt nicht, eine erschöpfende Gesamtschau der Forschung zu liefern (was angesichts der aktuellen Fülle empirischer Deliberations-Studien auch nicht zu leisten wäre); vielmehr sollen die spezifischen Funktionsweisen von Deliberation beleuchtet und gleichzeitig Forschungsdefizite ausgemacht werden. Zum Schluss (6) werfen wir einen Blick auf zukünftige Herausforderungen der empirischen Deliberationsforschung.

¹ Dieser Beitrag ist komplementär zu einem Lehrbuch-Artikel zu empirischer Deliberationsforschung (Bächtiger 2013); allerdings will letzterer mehr einen allgemeinen und breiten Überblick über die empirische Deliberationsforschung bieten, während sich dieser Artikel aus einer forschungsorientierten Perspektive stärker auf die Funktionsweisen von Deliberation, ihren Voraussetzungen und Folgen in Politik und Zivilgesellschaft konzentriert.

2 Deliberation als empirische Handlungslogik?

Viele Sozialwissenschaftler betrachten Deliberation als philosophisches Konstrukt ohne Rückbindung an die reale politische und soziale Welt. Insbesondere beim zurzeit dominanten sozialwissenschaftlichen Paradigma, der Rational Choice- oder Social Choice-Theorie, ist Deliberation auf erhebliche Skepsis und Kritik gestoßen. Shapiro (1999) hat moniert, dass das deliberative Modell den Bedingungen normaler Politik zu wenig Beachtung schenke: So gehe es in der Politik um Interessendurchsetzung sowie um die Erlangung und den Erhalt von Macht, was die Möglichkeit von zwangsfreien Diskursen und daraus induzierten Meinungsänderungen erheblich einschränke. Meinungsänderungen im Kommunikationsprozess selber sind in den meisten Rational Choice-Modellen nicht vorgesehen, da angenommen wird, dass Akteurspräferenzen exogen entstehen. Weil indes ausschließlich aus strategischen Motiven kommuniziert wird, ist die Wahrhaftigkeit jedes Kommunikationsakts anzuzweifeln, wodurch Reden in der Regel *cheap talk* ist. Aus diesem Blickwinkel kommt folgenreiche Kommunikation, bei der Akteure ihre Präferenzen ändern, nur unter sehr seltenen Bedingungen zustande, so etwa bei Positivsummenspielen, bei denen alle Akteure vom Ergebnis profitieren können (Austen-Smith 1992).

Psychologen wiederum zweifeln die kognitiven Voraussetzungen von Menschen (insbesondere normalen Bürgern) an, sich an einem rationalen Diskurs zu beteiligen. Das Konzept des *motivated reasoning* etwa geht davon aus, dass wir nicht „objektiv“ denken können (selbst wenn wir es wollen), sondern Argumente stets auf dem Hintergrund unserer bestehenden Meinungen bewerten - und dabei unliebsame Gegenargumente vorschnell abwerten (Kunda 1990; Taber und Lodge 2006). Und schließlich haben Feministinnen (Sanders 1997; Young 2002) kritisiert, dass Deliberation weniger privilegierte Gruppen (wie Frauen oder Menschen mit geringerem Bildungsabschluss) benachteilige, da diese oft die (rhetorischen) Fertigkeiten für eine erfolgreiche Teilnahme an rationalen Diskursen nicht besäßen. Dadurch würde Deliberation bereits bestehende soziale Unterschiede verstärken und anti-demokratische Züge erhalten.

Angesichts dieser schwerwiegenden Einwände stellt sich die Frage, ob Deliberation überhaupt eine empirische Handlungslogik sein kann (und auch sein soll). Die Frage nach der prinzipiellen Möglichkeit von Deliberation in der Politik bildete denn auch den Startpunkt der Debatte in der ZIB in den 1990er Jahren. Dabei wurde der Typ des verständigungsorientierten Handelns (*logic of arguing*) als dritter Handlungstyp neben der Logik des Konsequentialismus und der Logik der Angemessenheit eingeführt (siehe Risse 2000). Verständigung in der Politik ist dabei keineswegs nur ein normatives Ideal, sondern ein

empirisch-analytischer Baustein, um internationale Kooperation besser zu erklären. Theoretisch hat sich dabei herausgeschält, dass verständigungsorientiertes Handeln und *arguing* in Verhandlungen dann bedeutsam werden kann, wenn Akteure im Rahmen von „Vorverhandlungen“ einen Konsens darüber brauchen, welche Prinzipien eine kooperative Entscheidungsfindung anleiten sollten, wenn sie ihrer Interessen und Identitäten unsicher sind oder wenn sie gemeinsam ein Problem lösen wollen (siehe Risse 2000; Keck 1995). Und, wie Müller (2007, S. 215) festhält, kann auch das schiere Sich-Einlassen auf Argumentation die Akteure zu einem Rechtfertigungszwang und zu argumentativer Konsistenz zwingen, insbesondere wenn eine Diskursgemeinschaft einem „besseren Argument“ zuneigt.

Aufbauend auf diesen theoretischen Überlegungen haben Risse, Müller und Deitelhoff nach Spuren von *arguing* in ausgewählten Entscheidungsfällen der internationalen Politik gesucht (siehe Ulbert und Risse 2005; Deitelhoff 2006; Müller 2007) – und sie auch ansatzweise gefunden. In einer detaillierten Rekonstruktion der Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs zeigt Deitelhoff (2006) auf, dass es „Inseln der Überzeugung“ in internationalen Verhandlungen geben kann. Sie identifizierte „Wendepunkte“ in den Verhandlungen, wo Veränderungen der normativen Einstellungen der Akteure zu beobachten waren, „die sich nicht mit alternativen Faktoren wie Macht, öffentlichem Druck, Ausgleichszahlungen oder Koppelgeschäften erklären ließen“, sondern argumentativ induziert waren (Deitelhoff 2007, S. 33).

Doch nicht nur bildeten solche „Wendepunkte“ ein sehr seltenes Ereignis in internationalen Verhandlungen; auch erwies es sich als außerordentlich schwierig, *arguing* und *bargaining* empirisch sauber zu unterscheiden, da *arguing* in der Verhandlungspraxis ubiquitär ist und beide Kommunikationsmodi meistens auch zusammen auftreten (wie auch Holzinger (2001) herausgearbeitet hat). Angesichts dieser Ergebnisse und der methodischen Schwierigkeit, Handlungsorientierungen (verständigungsorientiert vs. strategisch) empirisch nachzuweisen, haben Müller (2007) und Risse (2007) vorgeschlagen, *arguing* und *bargaining* von den Handlungsorientierungen der Akteure abzukoppeln und sie ausschließlich als *Kommunikationsmodi* zu verstehen. Die Frage nach einer authentischen Verständigungsorientierung rückt folglich in den Hintergrund; entscheidend wird vielmehr der institutionelle Rahmen, welcher bestimmt, ob sich argumentative Rationalität durchsetzen kann oder nicht (siehe auch Habermas 2007, S. 418).

Das empirische Unterfangen von Risse, Müller und Deitelhoff wie auch die handlungstheoretische Rekonzeptualisierung wurden heftig kritisiert. Zum einen stellt sich die Frage, ob wir es wirklich mit verständigungsbasierten Überzeugungsmomenten zu tun haben.

In einer Replik auf Deitelhoffs Studie kritisiert Hanrieder (2008), dass die Autorin empirische Sprechakte mit einem normativ aufgeladenen Verständigungsbegriff analysiere. Aus dieser Sicht muss erfolgreiche Überzeugung stets Ausfluss einer Verständigungsorientierung sein, da rein rhetorisch handelnde Akteure niemals ihre normativen Grundpräferenzen in Frage stellen und abändern würden. Dieses Beweisverfahren *ex negativo* genügt gemäß Hanrieder aber nicht, da es mehrere kausale Pfade zu normativem Präferenzwandel geben kann: Überzeugung durch Verständigung ist zwar ein denkbarer kausaler Pfad, doch es gibt auch Präferenzänderungen aufgrund rhetorischen Drucks und rhetorischer Fallen, wie Schimmelfennig (2001) nachgewiesen hat. Zum ändern kann man fragen, ob es angesichts empirischer Blindstellen angezeigt ist, den ursprünglichen handlungstheoretischen Bezugsrahmen durch einen strukturalistischen zu ersetzen. Wie Saretzki (2007) festhält, wird *arguing* bei dieser Operation zu einer abhängigen Variable (und Konstante) des institutionellen Kontextes, und kann folglich kein eigenständiger Faktor mehr für die Erklärung von Einstellungsänderungen sein. Dies bedeute aber eine entscheidende Verkürzung des ursprünglichen kommunikationstheoretischen Konzepts von Habermas.

Herboth (2007, S. 155) konzediert, dass im Ausgang der ZIB-Debatte und nach der Durchführung erster empirischer Untersuchungen „eine gewisse Nüchternheit“ eingetreten ist. Zwar ist es auf theoretischer Ebene gelungen, Verhandlungen und ihre Ergebnisse nicht nur als Funktion von Machtrelationen und *bargaining* mit zuvor fixierten Präferenzen zu begreifen; doch die entscheidende Frage, nämlich ob Akteure in der Praxis auch wirklich verständigungsorientiert gehandelt haben, bleibt weiterhin offen.

Die angelsächsische Debatte zur empirischen Umsetzung normativer Deliberations-Ideale ist erheblich pragmatischer verlaufen. Dies mag insbesondere damit zu tun haben, dass in der angelsächsischen Debatte das handlungstheoretische Konzept von Habermas mit der starken Unterscheidung zwischen strategischem und kommunikativem Handeln nicht so sehr im Zentrum der Diskussionen stand. Referenzpunkt empirischer Übersetzungsversuche waren vielmehr das Deliberations-Modell von Gutmann und Thompson (1996), welches deutlich stärker an realweltlichen Entscheidungsprozessen orientiert ist als die Habermas'sche Handlungs- und Diskurstheorie. Überhaupt wurde in der angelsächsischen Debatte von Beginn an sehr deutlich gemacht, dass in der realen Welt deliberatives Handeln nur als *regulatives Ideal* zu verstehen ist, das in der Realität aber niemals erreicht werden kann. So werden reine Verständigungsorientierung, Wahrheitssuche oder rationaler Konsens bei Gutmann und Thompson durch respektvollen Umgang, akzeptable Gründe und begründete Kompromisse ersetzt.

Ab Mitte der 2000er Jahre kam es in der angelsächsischen Philosophie zu einer Weiterentwicklung des normativen Programms, mit einer noch stärkeren realistischen Anpassung des deliberativen Modells (siehe Mansbridge et al. 2010). Zwei dieser Weiterentwicklungen seien hier herausgegriffen, welche für die empirische Übersetzung von Deliberation, aber auch vor dem Hintergrund der Habermas'schen Diskurs- und Handlungstheorie, von spezieller Bedeutung sind²:

- *Verzicht auf Wahrhaftigkeit*: Aus Sicht von Markovits (2006) ignoriert das Wahrhaftigkeits-Postulat die Möglichkeit multipler und komplexer Intentionen. Menschen können bestimmten Argumenten und Handlungsoptionen gegenüber ambivalent sein, d.h. sie können etwas gleichzeitig gut und schlecht finden; solche Ambivalenzen machen es schwierig, Wahrhaftigkeit als strikten ethischen Standard einzufordern (siehe auch Thompson 2008).
- *Deliberatives Verhandeln*: Mansbridge (2013) unterscheidet zwischen „deliberativen“ und „nicht-deliberativen“ Verhandlungen und will so den Graubereich zwischen reiner Deliberation und reinem *bargaining* besser ausleuchten. „Deliberative“ Verhandlungen sind dabei offen, fair und geprägt durch hohen Respekt, gegenseitige Begründungen und Zwangsfreiheit. Zwangsfrei heißt für Mansbridge, dass die Verhandlungsparteien einander zwar etwas anbieten oder versprechen können, dabei aber weitgehend auf Sanktionsdrohungen verzichten. „Nicht-deliberative“ Verhandlungen dagegen enthalten Sanktionsdrohungen und strategische Irreführungen.

Rekonzeptualisierungen wie der Verzicht auf Wahrhaftigkeit oder der Einbezug von *bargaining*-Logiken in Deliberation machen die strikte Trennung zwischen strategischem und kommunikativem Handeln endgültig hinfällig. Für die empirische Forschung heißt dies, dass es vollauf genügt, reziproke und respektvolle Begründungsleistungen sowie allfällige Meinungsänderungen zu identifizieren, um von Deliberation zu sprechen; die Handlungsorientierungen der Akteure kann man dabei beiseite lassen, genauso wie das Vorkommen von *bargaining*-Techniken kein Grund ist, Verhandlungsprozesse als normativ minderwertig zu taxieren. Dadurch werden empirische Übersetzungen von Deliberation natürlich ungemein erleichtert.

² Andere Weiterentwicklungen betreffen etwa die verstärkte Berücksichtigung von *story-telling*, Rhetorik und Emotionen (siehe Bächtiger et al. 2010a).

Neben diesen Rekonzeptualisierungen gab es in den letzten Jahren auch einige Versuche, Deliberation mit Rational Choice in einen Dialog zu bringen. So haben Landa und Meirowitz (2009) argumentiert, dass das deliberative Modell von einer stärkeren Berücksichtigung spieltheoretischer Ansätzen profitieren könnte. Eine zentrale Einsicht dabei ist, dass, sofern wir die strategischen Fähigkeiten von Akteuren explizit einbeziehen, selbst unter optimalen Bedingungen (wie in Positivsummenspielen) Anreize für strategische und irreführende Kommunikation auftreten können. Das heißt nicht, dass wir Deliberation als Handlungslogik von vornherein abschreiben müssen, aber es gilt aus dieser Sicht zu akzeptieren, dass es keine perfekten Settings gibt, wo Deliberation eine reine und ausschließliche Handlungslogik bildet. Jedoch bleibt bei solchen Vermittlungsversuchen die Möglichkeit, dass Akteure ihre Meinung ändern, einfach weil sie ein Argument überzeugend finden, unberücksichtigt. Dieser Problematik versuchen Dietrich und List (2012) mit ihrem Modell der „reasoned-based preferences“ Rechnung zu tragen. Dieses Modell geht davon aus, dass Präferenzen neben Interessen auch auf *Gründen* beruhen können. Geraten diese Gründe ins Wanken, weil es gute Gegengründe gibt oder die Gründe sich als obsolet erwiesen haben, dann kann eine rein argumentbasierte Präferenzänderung erfolgen. Die kleine Revolution bei Dietrich und List (2012) liegt nicht so sehr in der Konzeptualisierung (welche im Prinzip lediglich eine Fortschreibung der Habermas'schen Idee kommunikativen Handelns ist), sondern vielmehr in der expliziten Anerkennung, dass es auch bei rationalen Akteuren argument-induzierten Präferenzwandel geben kann (wenigstens im Sinne einer theoretischen Möglichkeit).

Abschließend sei festgehalten, dass empirische Übersetzungen des philosophischen Konstrukts von Deliberation zunächst gut beraten sind, Verständigungsorientierung nicht gegen strategisches Handeln auszuspielen. Insbesondere in der Politik ist es unrealistisch, nach Akteuren mit rein verständigungsorientierter Handlungsorientierung Ausschau zu halten; vielmehr wollen politische Akteure Ziele erreichen und handeln dabei auch strategisch. Deliberation kann hier als subsidiäre Handlungslogik verstanden werden, die wichtige kognitive, aber auch sozial-integrative Funktionen für Akteure erfüllen kann. Deliberation kann helfen, dass Akteure in einem komplexen Umfeld Unsicherheit und gebundene Rationalität überwinden (Vanberg and Buchanan 1989), dass sie unvorhergesehenen Konsequenzen von Entscheidungen gewahr werden, dass sie mittels Diskussion neue Alternativen generieren (Fearon 1998), und dass sie Empathie und Verständnis gegenüber anderen Sichtweisen und Positionen entwickeln (Lynch 2002). All dies kann dazu beitragen,

politische Interaktionen und Verhandlungen effizienter zu gestalten; und genau daran können auch strategisch orientierte Akteure interessiert sein (siehe auch Risse 2007).

Dennoch sollten wir authentische Deliberation mit Verständigungsorientierung nicht von vornherein als Handlungslogik ausschließen. Nur weil Argumentieren kein *Telos* der Verständigung in sich trägt (wie Habermas angenommen hat; siehe Herbroth 2007) sondern auch strategisch eingesetzt werden kann, heißt dies noch lange nicht, dass alles Argumentieren immer rein strategisch ist oder lediglich auf eine „Verbesserung der Ziel/Mittel-Effizienz“ hinausläuft (Müller 1994, S. 36). Im Anschluss an Dietrich und List (2012) können wir uns vorstellen, dass es Situationen gibt, in denen sich Akteure für einen Moment aus ihrer Ziel- und Strategieorientierung ausklinken, nach „Wahrheit“ suchen, und dabei ihre Präferenzen und Meinungen ernsthaft argumentativ in Frage stellen lassen (siehe auch Hartmann und Rafiee Rad 2013). Für empirische Umsetzungen scheint daher eine *via media* erfolgsversprechend, welche von dualen Akteursmotiven ausgeht und Akteure sowohl als nutzenmaximierend und strategisch, aber auch als lern- und überzeugungsfähig beschreibt. Entscheidend für die stärkere Ausrichtung auf das eine oder andere Motiv sind institutionelle Kontexte; daneben dürften auch kulturelle und Themenkontexte sowie auch die Weltansichten von Akteuren eine wichtige Rolle spielen. Letztlich sind aber viele Fragen nach der Möglichkeit von Deliberation als empirische Handlungslogik auch offene empirische Fragen: so etwa die Kritik an den mangelnden deliberativen Fertigkeiten normaler Bürger, die von vielen Skeptikern gerne als psychologisch erhärtete Tatsache ausgegeben wird ohne zu bedenken, dass unterstützende institutionelle Kontexte ein latentes deliberatives Potential zum Leben erwecken können, das unter normalen Umständen nicht sichtbar wird.

Doch sei hier bereits vorweggenommen, dass es aller faszinierenden Ergebnisse empirischer Deliberationsforschung zum Trotz nicht wirklich gelungen ist, eine Methodik zu entwickeln, die deliberatives Handeln empirisch anhand von „benchmarks“ positiv identifiziert (wie in der Verhaltensökonomie mittels Diktator- oder Ultimatum-Spielen), und es so von strategischem Handeln stringent abzugrenzen weiß (siehe Schneider 2008). Die bisherige empirische Deliberationsforschung ist letztlich so verfahren, wie es Risse, Müller und Deitelhoff vorgelebt und das pragmatische amerikanische Deliberationsprogramm anschließend rationalisiert hat: Identifikation deliberativer Qualität mittels Kommunikationsmodi bei gleichzeitigem Verzicht auf die Ermittlung der dahinterliegenden Handlungsorientierungen. Dies mag in den weniger strategischen Kontexten von Bürgerdeliberation kein dramatisches Problem sein; für die hoch strategischen Orte nationaler und internationaler Politik dagegen bleibt dies aber die Achillesferse der empirischen

Deliberationsforschung: selbst wenn wir unter strategischen Bedingungen reine Deliberation nicht erwarten, so wäre es gleichwohl essentiell, den Grad an Verständigungs- und Wahrheitsorientierung genauer bestimmen zu können, sobald „deliberative“ Kommunikationsmodi (wie etwa Respekt) auftauchen.

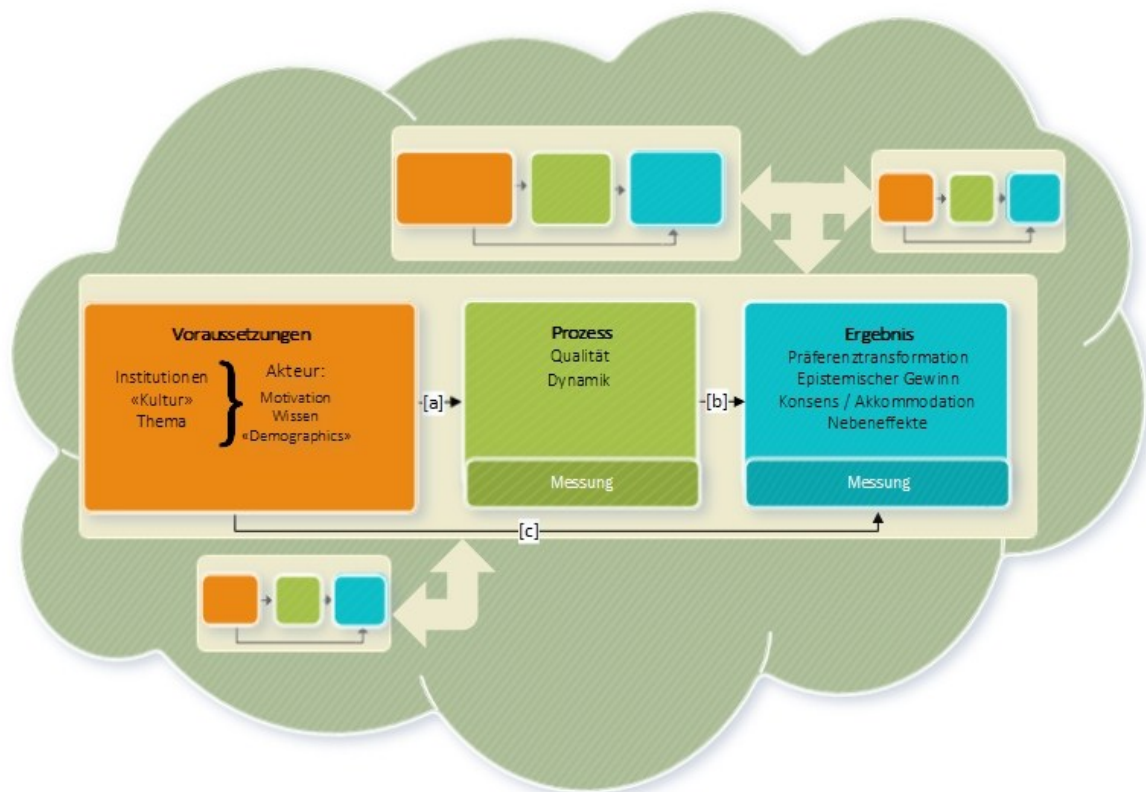
3 Ein Modell empirischer Deliberation

Um den mittlerweile zahlreichen Studien zu empirischer Deliberation einen analytischen Rahmen zu geben sowie Forschungsdefizite herauszupräparieren, präsentieren wir in einem ersten Schritt ein einfaches Modell empirischer Deliberation. Das Modell wird uns erlauben, die genauen Funktionsweisen deliberativen Handelns, seine Voraussetzungen und Folgen viel systematischer Blick zu nehmen als dies in einem klassischen Literaturbericht möglich wäre. Allerdings geht es in unserem Modell nicht um die großen Institutionalisierungsfragen deliberativer Demokratie, sondern primär um die Wirkungsmacht einzelner Faktoren auf die deliberative Qualität von Debatten und Diskussionen sowie auf deliberativ wünschbare Ergebnisse.

3.1 Elemente des Analysemodells

Unser Modell unterscheidet dabei zwischen Voraussetzungen, Prozess und Ergebnissen deliberativen Handelns. Die „Wolke“ repräsentiert dabei ein politisches System mit verschiedenen deliberativen Arenen innerhalb und zwischen den Sphären der Politik und der Zivilgesellschaft. Was uns bei der Durchsicht bestehender Studien zu empirischer Deliberation besonders interessiert, sind die Funktionslogiken deliberativen Handelns, symbolisiert durch die Links [a], [b], und [c]. Konkret: Welche Faktoren beeinflussen die deliberative Qualität des Prozesses (Link [a])? Und wie beeinflusst der deliberative Prozess das Ergebnis (Link [b])? Link [c] stellt einen weiteren möglichen Kausalpfad dar, nämlich zwischen Voraussetzungen und Ergebnis. Wie unten genauer expliziert, ist dies aus deliberativer Sicht aber nur bedingt wünschenswert: Wenn Link [c] bedeutender ist als Link [b], dann ist, wie Saretzki (2007) zu Recht festgehalten hat, die eigenständige kausale Wirkung des Argumentationsprozesses – der Kern des deliberativen Konzepts - in Frage gestellt.

Abbildung 1: Modell empirischer Deliberation



Erläuterung: Das hier abgebildete Modell empirischer Deliberation visualisiert die Zusammenhänge zwischen Kontextfaktoren, dem deliberativen Prozess und seinen Ergebnissen (Links [a], [b] und [c]) in einer spezifischen Arena der Politik oder Zivilgesellschaft (wie Parlament oder Bürgerversammlungen). Die kleineren Kästchen stehen für weitere Arenen in der Politik und Zivilgesellschaft (wie Gerichte, Parteien etc.), die sich gegenseitig beeinflussen können (eigene Darstellung)

Voraussetzungen: Im Anschluss an Bächtiger und Hangartner (2010) fokussieren wir hier auf Institutionen, „Kultur“, Themenspezifität sowie Akteurslogiken. Institutionen können einerseits Anreize sowie Handlungsspielräume für deliberatives Handeln schaffen, andererseits können Institutionen auch deliberative Normen sowie unterstützende Funktionen für deliberatives Handeln bereitstellen (indem sie etwa Informationsdefizite von Akteuren ausgleichen). Weiter kann auch der kulturelle Kontext deliberationswirksam sein. Unter „Kultur“ verstehen wir hier tiefsitzende politische und gesellschaftliche Normen, Konventionen oder Werte, die für die Mitglieder einer Gesellschaft handlungsprägend sind. So definiert wird „Kultur“ maximal mit einem manipulativen Institutionenansatz kontrastiert: Finden wir nämlich Evidenz, dass tiefsitzende kulturelle Normen stark deliberationswirksam

sind, dann wird deliberatives Handeln zu einem idiosynkratischen und kaum übertragbaren Handlungskonzept. Daneben beeinflusst auch das Thema (wie etwa die ideologische Polarisierung) die Deliberationsqualität. Allerdings *determinieren* Kontextfaktoren deliberatives Handeln nicht (siehe Scharpf 1997), weshalb Grundstrategien, Motivationen, vorgängiges Wissen, die Weltansichten sowie auch die soziodemographischen Charakteristika (z.B. Geschlecht, Klasse, Bildung) von Akteuren als eigenständige Faktoren in die Analyse miteinbezogen werden müssen.

Prozess: Die Deliberationstheorie nimmt an, dass deliberative Prozessdynamiken - natürlich immer unter begünstigenden kontextuellen Bedingungen - eine Eigenwirkung entfalten, die das Ergebnis entscheidend beeinflussen. Letztlich sollten die *Transformationsmechanismen* im deliberativen Prozess selber liegen (Link [b]), und die Ergebnisse sollten sich nicht ausschließlich auf Kontextfaktoren oder Ausgangspositionen zurückrechnen lassen (Link [c]). Aus deliberativer Perspektive sind dabei insbesondere die Deliberationsqualität sowie die diskursiv erzielten Lerngewinne wünschenswerte Transformationsmechanismen; nicht wünschenswert sind dagegen Gruppendynamiken, die Meinungswandel aus Konformitätsdruck heraus erzeugen oder Meinungspolarisierung bewirken (Sunstein 2002).

Ergebnisse: Die Liste wünschbarer Ergebnisse aus deliberativen Prozessen ist lang und reicht von Legitimität zu epistemischer Qualität und Inklusion. Wir beschränken uns hier auf Ergebnisse, die sich in empirischen Studien als bearbeitbar erwiesen haben:³

(1) *Präferenztransformationen:* da Menschen nicht allwissend sind und gerade die politischen Einstellungen und Meinungen von Bürgern oft auf spärlicher Information und geringem Nachdenken beruhen, sollte Deliberation – in Kombination mit Information – zu Meinungsänderungen führen, idealerweise in Richtung höherer Gemeinwohlorientierung (siehe Fishkin 2009);

(2) *Epistemische Qualität:* die Erwartung ist, dass Teilnehmende in deliberativen Prozessen etwas lernen und so zu korrekten (oder epistemisch besseren) Resultaten gelangen (siehe Landemore 2013);

(3) *Konsens und Akkommodation:* ein rationaler Konsens, bei dem die Teilnehmenden einer gemeinsamen Position aus identischen Gründen zustimmen, ist ein sehr unwahrscheinliches Ergebnis eines deliberativen Prozesses; gleichwohl gibt

³ Bezüglich Ergebnis unterscheiden Mansbridge et al. (2012) zwischen epistemischer Qualität, Fairness und ethischen Zielen (Respekt). Wir simplifizieren diese Typologie, indem wir neben Präferenztransformationen auch zwischen epistemischer Qualität und (verschieden Stufen von) Akkommodation unterscheiden.

es unterhalb dieses (unerreichbaren) Standards normativ wünschbare Ergebnisse, wie etwa das Konzept des *working agreement* (Eriksen 2007), das eine Zwischenstufe zwischen rationalem Konsens und klassischem Kompromiss bildet. Bei einem *working agreement* kommt es im Laufe der Diskussion zu Lernprozessen, die unterschiedliche Gründe wechselseitig akzeptabel machen (Eriksen 2007, S. 310). Ferner kann Deliberation auch Ergebnisse befördern, die primär auf Akkommodation abzielen (siehe Eriksen 2007). Konkret geht es darum, ob sich die Teilnehmenden nach der Deliberation näher gekommen sind. Dies lässt sich als erhöhte Bereitschaft zu Kompromisslösungen oder als Tendenz zur Einstimmigkeit (zum Beispiel, dass etwas getan werden muss, ohne dass es aber zu einer Überlappung der substantiellen Gründe kommt) operationalisieren;

(4) *Nebeneffekte*: Deliberation kann schließlich auch die staatsbürgerlichen Tugenden (wie politisches Vertrauen) von Bürgern stärken.

Unser Modell ist in einem ersten Schritt als Mikromodell entwickelt, um deliberative Interaktionen in einer spezifischen Arena (wie dem Parlament) und die daraus resultierenden Ergebnisse zu erfassen. Doch selbstverständlich kann es auch Koppelungseffekte in andere Teilsysteme der Politik geben kann, wobei Deliberationen in einer Arena (zum Beispiel im Parlament) die Deliberation und die Entscheidungsprozesse in einer anderen Arena (in Bürgerversammlungen) beeinflussen (und umgekehrt). In Ermangelung empirischer Forschung zu diesen Kopplungen belassen wir in diesem Artikel den Fokus allerdings auf dem Mikromodell und den Links [a], [b] und [c].

3.2 Messung der Modell-Dimensionen

Eine der großen Herausforderungen der empirischen Deliberationsforschung besteht darin, das philosophische Konstrukt der Deliberation messbar zu machen. Dies ist auf verschiedene Weise geschehen: Einige Forscher haben auf der Voraussetzungs- und der Ergebnisseite angesetzt, mit der Überlegung, dass, wenn die Beteiligung inklusiv und unverzerrt war und gleichzeitig die Ergebnisse deliberativ wünschenswerte Eigenschaften aufweisen, dann auch qualitativ hochstehende Deliberation stattgefunden haben muss (siehe z.B. Luskin et al. 2002). Solch indirekte Messverfahren sind aber höchst problematisch: Wie oben erwähnt, können mehrere Kausalpfade zu deliberativ wünschbaren Ergebnissen führen, auch solche, die nichts mit deliberativen Logiken zu tun haben. Von daher kann die empirische Deliberationsforschung auf eine genaue Analyse des deliberativen Prozesses nicht verzichten. Auf der Ebene des Prozesses haben verschiedene Messinstrumente angesetzt: zum

Beispiel Holzingers (2001) Sprechaktanalyse, die anhand von Sprechakt-Listen zwischen *arguing* und *bargaining* unterscheidet; oder der *Discourse Quality Index* (DQI; Steiner et al. 2004), der Deliberation anhand von Kriterien des Habermas'schen Diskursmodells wie Begründungsrationalität, Gemeinwohlorientierung, Respekt und konstruktive Politik misst. Insbesondere der DQI hat sich nicht nur als reliables, sondern in den Augen vieler deliberativer Philosophen auch als valides Messinstrument erwiesen (Habermas 2005; Thompson 2008). Der DQI wird mittlerweile sehr breit und vielfältig angewendet, sowohl für politische als auch für zivilgesellschaftliche Deliberation (z.B. Lord und Tamvaki 2013; Caluwaerts 2012).⁴ Allerdings kann der DQI nur Kommunikationsmodi, nicht aber die dahinterliegenden Handlungsorientierungen erfassen.

4 Deliberation in der politischen Sphäre

Wenn es um Deliberation in der politischen Sphäre geht, ist zunächst zu beachten, dass politische Deliberation stets restringiert ist. Demokratisch gewählte Politiker sind in erster Linie Vertreter, die bestimmte Interessen durchzusetzen versuchen und dabei strategisch handeln. Dies hat auch eine normative Pointe: das tiefverankerte Konzept responsiver Repräsentation, nämlich dass Politiker die Interessen ihrer Wählerschaft maximal vertreten, kann mit deliberativen Idealen, die auf Präferenzänderung und Konsens zielen, zusammenprallen. Umgekehrt heißt das aber noch lange nicht, dass in der Politik keine Deliberation stattfindet. Die ZIB-Debatte hat ja bereits auf die grundsätzliche Möglichkeit argumentativer Momente in Verhandlungssituationen hingewiesen. Und schließlich ist deliberatives Handeln von Repräsentanten nur in weisungsgebundenen Modellen der Repräsentation normativ problematisch. In anderen Repräsentationsmodellen, wie etwa dem „Selektionsmodell“ (Mansbridge 2009), wo Repräsentanten einen Vertrauensvorschuss vom Wähler erhalten und nicht gleich sanktioniert werden, wenn sie den Wählerwillen nicht immer getreu umsetzen, ist deliberatives Handeln normativ unproblematisch (ja sogar erwünscht).

Im Folgenden konzentrieren wir uns auf das breitangelegte und komparative Forschungsprojekt von Steiner et al. (2004) zu parlamentarischer Deliberation, an welchem sich idealiter die verschiedenen Komponenten und Links unseres Modells veranschaulichen

⁴ Ein alternatives, aber vielversprechendes methodisches Instrument zur Erfassung von Mikro-Interaktionen in Gremien ist der von Pritzlaff und Nullmeier entwickelte praktikentheoretische Ansatz (Pritzlaff und Nullmeier 2009; Weihe et al. 2008). Kalwitzki et al. (2013) wiederum schlagen eine prozessbezogene Individualanalyse des Entscheidungsverhaltens in Gruppen vor, mit dem Ziel, anhand von Begründungszusammenhängen eine Neubewertung der quantitativen Experimentalergebnisse vorzunehmen.

lassen und welches als eines der wenigen deliberativen Forschungsprojekte kumulative Forschung ermöglicht hat (siehe auch Bächtiger 2005; Spörndli 2004).

Ad Link [a] Im Forschungsprojekt von Steiner et al. (2004) wurden in einem ersten Schritt verschiedene Kontextfaktoren identifiziert, die in legislativen Körperschaften die Deliberationsqualität beeinflussen können. Die Studie war vergleichend angelegt, mit Fokus auf das schweizerische, amerikanische, deutsche und britische Parlament. Die Ergebnisse der Studie wurden breit dargestellt und rezipiert und müssen an dieser Stelle nicht noch einmal en détail erörtert werden. In aller Kürze: Auf der Basis von DQI-Analysen zeigte sich, dass Konsensinstitutionen, Präsidialismus (und schwache Parteidisziplin), Zweitkammern, Nicht-Öffentlichkeit und schwache Themenpolarisierung deliberative Qualität – insbesondere Respekt - fördern. Die institutionellen Kontexte beinhalten gemäß Steiner et al. sowohl Anreize wie auch Handlungsspielräume, in denen sich deliberatives Handeln entfalten kann. Zum Beispiel schaffen Konsensinstitutionen Anreize für deliberatives Handeln, indem sie für die beteiligten Akteure (wenigstens gelegentlich) ermöglichen, Positivsummenspiele zu spielen, welche auch die cheap talk-Literatur als zentrale Bedingung für folgenreiche Kommunikation unter strategischen Bedingungen ansieht. Gleichzeitig eröffnen Konsensinstitutionen auch Handlungsspielräume, zum Beispiel durch die Reduktion des Parteienwettbewerbs, wodurch die Kosten für deliberatives Handeln gesenkt werden. Allerdings indiziert die Studie von Steiner et al. eher ein deliberatives Potential, das sich in begünstigenden Kontexten entfalten kann, als dass sie Deliberation als zentrales und von der bisherigen Forschung vernachlässigtes Moment politischer Interaktionen identifizieren würde.

In diesem Zusammenhang seien drei Befunde der Studie speziell hervorgehoben. Erstens entpuppt sich politische Deliberation als partiell multidimensionales Phänomen, was auf strategische Dimensionen des Argumentierens hinweist: So argumentieren politische Akteure in öffentlichen Parlamentsdebatten zwar ausführlich und gemeinwohlorientiert, doch die Respekt-Niveaus sind tief; dies darf in der Tat als rhetorisches Handeln gewertet werden, wobei Akteure „rational“ erscheinen wollen, dabei den wohl entscheidenden Aspekt von Deliberation, nämlich Anerkennung anderer Sichtweisen und Perspektivverschiebung, aber gezielt ignorieren. Zweitens ist die deliberative Qualität parlamentarischer Debatten im Durchschnitt nicht besonders hoch: komplexe Begründungen kommen in 39 Prozent, Gemeinwohllappelle in 15 Prozent, expliziter Respekt in 12 Prozent und Vermittlungsvorschläge in 9 Prozent aller Reden vor. Drittens sind auch die Unterschiede in der Deliberationsqualität zwischen den verschiedenen Parlamenten substantiell eher subtil, genauso wie es keinen zentralen Faktor gibt, der Deliberation in der repräsentativen Politik

antreibt. Vielmehr ist es die Kombination der begünstigenden Faktoren⁵, die zu substantielleren Unterschieden in der Deliberationsqualität führt. Unter maximal begünstigenden Bedingungen – Konsensinstitutionen in Kombination mit tiefer Parteidisziplin, Nicht-Öffentlichkeit und moderater Themenpolarisierung – steigt die Deliberationsqualität markant an: Komplexe Begründungen finden sich in 54 Prozent aller Reden, Gemeinwohllappelle in 28 Prozent, expliziter Respekt in 70 Prozent, und Vermittlungsvorschläge in 15 Prozent. Auch finden wir hier eine Reihe von Akteuren, die nicht nur komplex argumentieren und gemeinwohlorientiert sind, sondern gleichzeitig auch andere Meinungen respektieren oder diesen sogar zustimmen (Bächtiger et al. 2010b). Dieses verstärkte Zusammenspiel der DQI-Komponenten – technisch gesprochen: ihre erhöhte Uni-Dimensionalität – liefert einen indirekten Hinweis auf authentischere Formen von Deliberation. Jedoch tauchen selbst unter maximal begünstigenden Bedingungen bargaining-Elemente wie Versprechungen (und ganz selten auch) Drohungen auf (Bächtiger et al. 2010b). Deshalb scheint es in der politischen Sphäre angezeigt, nicht von rationalen Diskursen auszugehen, sondern deliberative Verhandlungen (Mansbridge 2013) als normatives Maximum anzusehen.

Mittlerweile ist eine Reihe von weiteren Studien entstanden, welche die Resultate von Steiner et al. (2004) erweitert, verfeinert, aber größtenteils bestätigt haben (z.B. Esterling 2011). Initial lag der Fokus bei Steiner et al. (2004) auf institutionellen und themenspezifischen Kontexten. Faktoren wie Kultur und Akteurslogiken dagegen wurden erst in einer späteren Phase des Projekts miteinbezogen (siehe Bächtiger und Hangartner 2010). Eine erste Frage war, ob die von Steiner et al. (2004) festgestellten Unterschiede in der Debattenqualität verschiedener nationaler Parlamente auf institutionelle oder kulturelle Faktoren zurückzuführen sind. Aufgrund der vielfachen Konfundierung von Institutionen und politischer Kultur ist es in der vergleichenden Forschung extrem schwierig, die Effekte von Institutionen und „Kultur“ empirisch auseinanderzuhalten. Um diese Problematik anzugehen, haben Bächtiger und Hangartner (2010) deutsche und schweizerische Debatten verglichen, welche unter ähnlichen institutionellen Bedingungen stattfanden.⁶ Dabei zeigte sich, dass unter ähnlichen Bedingungen die Respekt-Niveaus in beiden Ländern identisch sind. Dies ist ein klarer Hinweis, dass Deliberation in der Tat eine institutionelle – und nicht „kulturell“

⁵ Interessanterweise sind sämtliche Interaktionseffekte zwischen den verschiedenen Kontextfaktoren entweder insignifikant oder je nach Modellspezifikation nicht robust. Substantiellere Effekte ergeben sich deshalb durch die simple additive Kombination der Kontextfaktoren.

⁶ In den deutschen Debatten, bei denen die Parteidisziplin von den Parteileitungen aufgehoben wurde (wodurch auch die Regierungs-Oppositions-Logik konterkariert wird), ähnelt das Deutsche dem Schweizerischen System mit seinem nicht-parlamentarischen und relativ losen Koalitionsarrangement.

idiosynkratische - Handlungslogik darstellt und deutet gleichzeitig auf eine gewisse Manipulierbarkeit und Übertragbarkeit deliberativen Handelns hin: Verändern sich die Institutionen (im gleichen kulturellen Kontext), verhalten sich Akteure erstaunlich schnell anders als zuvor.

Neben institutionellen Kontexten sind auch Akteurslogiken für das deliberative Handeln entscheidend. Zum einen sind Parteistrategien sehr wichtig (siehe auch Ganghoff und Bräuninger 2006): Unabhängig vom institutionellen Kontext ist Deliberationsqualität bei Regierungs- und Mitteparteien deutlich höher als bei Oppositions- und populistischen Parteien (Bächtiger und Hangartner 2010). Da Regierungs- und Mitteparteien vom erfolgreichen Zustandekommen von Politiken wahlmässig profitieren können, haben sie ein gewisses Interesse, sachbezogen und kompromissorientiert zu politisieren. Oppositions- und populistische Parteien dagegen haben ein großes Interesse, politische Erfolge anderer Parteien zu verhindern, da dies ihnen wahlstrategisch Vorteile bringt; folglich ist ihr Interesse an Deliberation gering. Weiter zeigt sich, dass im parlamentarischen Kontext soziodemographische Merkmale wie Geschlecht, Alter und politische Erfahrung kaum eine Rolle für deliberatives Handeln spielen; dies mag angesichts der großen Bedeutung parteipolitischer Logiken wenig erstaunen. Jedoch haben die Weltansichten der Akteure starken Einfluss auf deliberatives Handeln. In diesem Zusammenhang hat May (2005) sieben Schweizerische Parlamentarier ausgewählt, welche in der Studie von Bächtiger (2005) höchst unterschiedliche Werte auf dem DQI (insbesondere bei der Respekt-Kategorie) erreicht haben. Auf der Basis von Tiefeninterviews findet die Autorin drei Typen von Politikern:

Kompetitive Überzeugungstäter (tiefe DQI-Werte): Für sie ist konfrontatives Auftreten ein legitimes Element des demokratischen Wettbewerbs, denn Politik hat auch Unterhaltungscharakter;

Pragmatische Verhandler (mittlere DQI-Werte): Für sie befinden sich Politiker in der Mitte zwischen Prinzipienorientierung und einer lösungsorientierten, pragmatischen Haltung; „gute“ Politiker lassen sich gelegentlich von einem guten Argument überzeugen, sind aber stets offen für Tausch- und Kopplungsgeschäfte;

Deliberative Vermittler (hohe DQI-Werte): Für sie geht es in der Politik primär darum, gemeinsam kreative Lösungen über alle Parteien hinweg zu erarbeiten, wobei Meinungsänderungen wünschenswert sind.

Aufgrund des explorativen Fokus und der extrem kleinen Fallzahl besagt die Studie von May natürlich nichts über die Häufigkeitsverteilungen der verschiedenen Typen.

Dennoch gibt die Studie einen ersten Hinweis darauf, dass sich objektiv festgestelltes deliberatives Handeln durchaus mit der Selbstwahrnehmung der Akteure decken kann. Und die erhebliche Variation innerhalb des konsensdemokratischen Settings zeigt auf, dass die Weltansichten der Akteure von grosser Bedeutung für deliberatives Handeln sind, gerade wohl auch, wenn es um die Realisierung authentischerer Formen von Deliberation geht. Wie schon Goodin (1996) theoretisch herausgearbeitet hat, kann Moralität kaum durch Institutionen erzwungen werden; entscheidend für die Verwirklichung normativer Ideale sind aus Sicht von Goodin vielmehr akteursimmanente moralische Schemata und Motive. Insgesamt lässt sich festhalten, dass deliberatives Handeln in der repräsentativen Politik einerseits ein Produkt begünstigender Institutionen ist, andererseits aber auch in der „DNA“ der beteiligten Akteure angelegen scheint.

Ad Link [b] Hat Deliberation auch einen Effekt auf die Politikergebnisse? Wir konzentrieren uns hier auf Link [b], da die empirische Forschung zu politischer Deliberation versucht hat, Konfundierungseffekte von Kontextfaktoren auf das Ergebnis (Link [c]) möglichst auszuschalten. Grundsätzlich konnten in der Studie von Steiner et al. (2004) keine fundamentalen Meinungsänderungen beobachtet werden. Jedoch fand sich eine Reihe von Veränderungen situationsspezifischer Präferenzen, indem Akteure beispielsweise aufgrund „besserer Argumente“ Teilaspekten eines Politikpakets zustimmten. Unter maximal begünstigenden Bedingungen fanden sich auch fast einstimmige working agreements, die das Produkt von argumentativ induzierten Lernprozessen und der Einsicht in die Komplexität der Materie darstellten (Bächtiger et al. 2010b). Generell ist die Ergebnisdimension politischer Deliberation aber stark unterbeleuchtet. Spörndli (2004) ist als einer der ganz wenigen dieser Frage systematisch nachgegangen, und zwar im Kontext des deutschen Vermittlungsausschusses. Der exklusive Fokus auf den Vermittlungsausschuss liegt darin begründet, dass der Vermittlungsausschuss einerseits ein begünstigendes Setting für Deliberation darstellt, andererseits, dass auf diese Weise deliberationsinduzierte Ergebnisse nicht durch andere Kontextfaktoren (Link [c]) konfundiert werden. Spörndli findet, dass im Vermittlungsausschuss auf Debatten mit hoher Deliberationsqualität (gemessen anhand des DQI) mehr einstimmige Entscheidungen folgen, kontrolliert für eine Reihe von weiteren Einflussfaktoren (wie etwa die Machtverteilung innerhalb des Vermittlungsausschusses oder die anfängliche Polarisierung). Aber: Deliberation hat praktisch keinen Effekt auf substantiell gerechtere Entscheidungen, die speziell benachteiligten Gruppen helfen. Hier spielt die Machtverteilung innerhalb des Vermittlungsausschusses die entscheidende Rolle. Dieses Resultat unterstreicht, dass Interessen und Macht nicht so einfach durch Deliberation zu

konterkarieren sind. Allerdings besagt die Studie von Spörndli nicht, ob Deliberationsqualität kausal als Transformationsmechanismus wirkt: Es ist durchaus möglich, dass bereits die Antizipation des Resultats die höhere Deliberationsqualität bewirkt. Auch ist zu konzedieren, dass es im Kontext politischer Deliberation forschungstechnisch äußerst schwierig ist, individuelle Politiker-Präferenzen vor und nach der Diskussion zu evaluieren. Deshalb fehlen bis anhin systematische Studien, die aufzeigen, wie politische Debatten auf individuelle Präferenztransformationen oder das Wissen der beteiligten Akteure genau wirken.

Wir bilanzieren: In der Tat kann es in der repräsentativen Politik deliberative Interaktionen zwischen Politikern geben, die auch folgenreich sind; doch dies ist sehr stark kontextabhängig. In der repräsentativen Politik braucht es dazu die Kombination von Konsensinstitutionen, schwacher Parteidisziplin, Zweitkammern, Nicht-Öffentlichkeit, schwacher Themenpolarisierung sowie auch die starke Präsenz von moderaten Mitteparteien. Demokratietheoretisch bergen diese empirischen Erkenntnisse aber einigen Zündstoff: Wenn Deliberation in der Politik nur in konsensualen, reflexiven und nicht-öffentlichen Arenen möglich ist, dann entspricht dies einem vormodernen und exklusiven *gentlemen's club*-Modell der Politik, welches das deliberative Handlungsmodell in eine elitistische Richtung treibt. So kollidiert das *gentlemen's club*-Modell mit einem fundamentalen Prinzip demokratischer Herrschaft, nämlich der Verantwortlichkeit der Repräsentanten gegenüber ihren Wählern. Wie Mackie (2011: 101) schreibt: „[i]t is worrisome that each of the discourse-improving institutions is also one that reduces accountability of representatives to the citizenry.“ Somit liefert die empirische Deliberationsforschung nicht nur einen (harmlosen) Test, wie Deliberation in der Realität funktioniert, sondern sie enthüllt auch (unangenehme) *trade-offs* zwischen verschiedenen demokratischen Prinzipien, die neue normative Fragen aufwerfen.

5 Deliberation in der Zivilgesellschaft

Während Deliberation in der Politik stets den Zwängen des Machterhalts und der Repräsentation ausgesetzt ist, ist in den weniger strategischen Kontexten von Bürgerversammlungen die Chance erheblich größer, dass es zu einem Sich-Einlassen auf Argumentationen und Überzeugungsmomenten kommen kann. Doch es gibt zwei gewichtige Einwände gegen Bürgerdeliberation. Erstens argumentieren Hibbing und Theiss-Morse (2002) in ihrem einflussreichen Buch zu *Stealth Democracy*, dass viele Bürger politische Debatten und Konflikte scheuen und nur dann politisch aktiv werden, wenn sie die Politik als

korrupt perzipieren. Somit werde Bürgerdeliberation als regelmässiger Bestandteil im Politikzyklus von denjenigen, an die sich das Unterfangen eigentlich richtet, gar nicht gewünscht. Zweitens sind – wie bereits erwähnt – die kognitiven Zumutungen an die Bürger in allen deliberativen Theorien außerordentlich hoch, was bereits existierende Ungleichheiten verstärken kann und dem Gleichheitsideal deliberativer Theorie entgegensteht.

Bürgerdeliberation ist in den letzten Jahren zu einer wahren Industrie geworden, wobei Bürgerdiskussionen auf lokaler, regionaler, nationaler und sogar transnationaler Ebene erprobt wurden. Im Folgenden steht das prominenteste Format von Bürgerdeliberation im Fokus, nämlich die von Fishkin initiierten *deliberative polls* (DPs; siehe Fishkin 1995; 2009). In DPs werden Bürger nach dem Zufallsprinzip ausgewählt und eingeladen, an einem Wochenende über ein politisches Thema zu diskutieren. DPs repräsentieren ein unterstützendes institutionelles Setting: Erstens werden die Teilnehmenden möglichst ausgewogen informiert und Experten verschiedener Schattierungen stehen Rede und Antwort, wodurch Informationsdefizite ausgeglichen werden sollen. Zweitens stellt eine Moderation sicher, dass die Gruppendiskussionen auf das Thema bezogen bleiben und dass kein Teilnehmender die Diskussion dominiert. Drittens werden die Teilnehmenden mit deliberativen Normen wie Begründungspflicht und Respekt vertraut gemacht. Und viertens gibt es weder Konsenszwang noch bindende Entscheidungen, wodurch gruppenspezifischen Prozessen und strategischem Verhalten Einhalt geboten werden soll. Da DPs stets wissenschaftlich begleitet sind, eignen sie sich in hervorragender Weise, um die verschiedenen Links in unserem Modell empirischer Deliberation zu beleuchten. Natürlich kann man einwenden, dass DPs eine gewisse Künstlichkeit erzeugen und die Resultate nicht auf normale politische Diskussionen übertragen werden können. Aus unserer Sicht ist dies aber die falsche Pointe: wenn wir davon ausgehen, dass Bürger weder besonders viel Zeit noch eine stete Motivation haben, sich mit politischen Themen intensiv zu beschäftigen, scheint es müßig, auf die mangelnden deliberativen Fertigkeiten von Bürgern zu verweisen. Der wahre Prüfstein von deliberativen Fertigkeiten sollte deshalb ein unterstützendes institutionelles Setting wie DPs sein.

Ad Link [a] Eine erste Frage betrifft das grundsätzliche Interesse von Bürgern an Deliberation. Entgegen der Stealth-These finden Neblo et al. (2010), dass normale Bürger sehr wohl deliberieren wollen, insbesondere jene, die sich von der normalen Politik abgewendet haben. Die effektive Partizipationsrate in DPs beträgt rund 30 Prozent der angefragten Bürger. Dies ist zwar erheblich tiefer als bei Wahlen, dennoch sind die Teilnehmenden in DPs soziodemographisch nicht allzu weit entfernt vom

Bevölkerungsdurchschnitt (Luskin et al. 2002), obwohl es eine leichte Überrepräsentation von Personen mit höherer Bildung und höherem politischen Interesse gibt. Dennoch: Diese Resultate widersprechen pessimistischen Thesen, wonach Deliberation eine exklusive Veranstaltung für gebildete und anderweitig privilegierte Bürger ist.

Doch damit ist natürlich nicht gesagt, wie gut normale Bürger zur Deliberation befähigt sind. Der entscheidende Link zwischen aktueursspezifischen Fähigkeiten und dem Prozess der Deliberation (Link [a]) wurde bisher kaum erforscht. Fishkin ist lange davon ausgegangen, dass DPs optimale institutionelle Bedingungen für Deliberation schaffen; aus diesem Blickwinkel sind DPs dann quasi per Definition deliberativ, was die empirische Erforschung des Prozesses überflüssig macht. Doch auch Fishkin argumentiert mittlerweile, dass der Prozess in DPs stärker berücksichtigt werden sollte. In einer neuen Studie von Gerber et al. (2012) wurden anhand von Europolis, einem paneuropäischen DP, die deliberativen Interaktionen von Bürgern anhand des DQI genauer unter die Lupe genommen. Die Ergebnisse fallen gemischt, aber letztlich optimistisch für Bürgerdeliberation aus: Das generelle Deliberationsniveau bei Europolis ist erstaunlich hoch. Im Vergleich zu den von Steiner et al (2004) untersuchten Parlamentsdebatten wurden bei Europolis sehr hohe Respektwerte gemessen⁷. Hingegen liegt die Begründungsrationalität in Europolis tiefer als in den untersuchten Parlamentsdebatten⁸. Es zeigt sich, dass es bei Europolis Teilnehmende mit sehr hohen deliberativen Fertigkeiten gab, die zentrale deliberative Standards wie hohe Begründungsrationalität, Gemeinwohlorientierung, Respekt und Empathie mindestens einmal in der Diskussion erreicht haben. Diese Resultate widersprechen psychologischen Ansätzen, wonach normale Bürger die Fertigkeiten zu Deliberation generell nicht besitzen. In einem zweiten Schritt wurde untersucht, wer hohe und tiefe deliberative Fertigkeiten besitzt. Während Geschlecht keine Rolle spielt, erreichten insbesondere Teilnehmende aus der Arbeiterklasse aus Süd- und Osteuropa ein deutlich tieferes Deliberationsniveau als andere Teilnehmende, und sie beteiligen sich auch weniger häufig an den Diskussionen. Dies entspricht teilweise der feministischen Kritik, wonach deliberative Prozesse für bestimmte soziale Gruppen und kulturelle Minderheiten exkludierend sein können. Schließlich wirken sich auch psychologische Faktoren auf die deliberativen Fertigkeiten aus: Politisches Interesse und das thematische Vorwissen erhöhen das deliberative Potential der Teilnehmenden.

⁷ 16 Prozent aller Reden in Europolis waren explizit respektvoll (Parlament: 12 Prozent), und nur gerade vier Prozent abwertend (Parlament: 25 Prozent); eigene Berechnungen auf der Basis der Europolis-Daten (siehe Gerber et al. 2012).

⁸ Bei Europolis beinhalten über 40 Prozent aller Reden mindestens eine vollständige Begründung; zehn Prozent aller Reden in Europolis beinhalten komplexe Begründungen. Bei den von Steiner et al. (2004) untersuchten Parlamentsdebatten sind in 39 Prozent der Reden komplexe Begründungen vorzufinden.

Erstaunlicherweise – und um die Ergebnisdimension schon etwas vorwegzunehmen - haben unterschiedliche deliberative Fertigkeiten kaum einen Effekt auf das Ergebnis: Die Teilnehmenden mit hohen deliberativen Fertigkeiten unterscheiden sich kaum in ihren abschliessenden Positionen von Teilnehmenden mit tiefen deliberativen Fertigkeiten. Auch konnte keine Beeinflussung in Richtung der Teilnehmenden mit hohen deliberativen Fertigkeiten festgestellt werden (für ähnliche Resultate siehe auch French und Laver (2009)). Allerdings kommen nicht alle Studien zu gleich optimistischen Schlüssen: mit Blick auf den dänischen DP zur Einführung des Euro findet Hansen (2010), dass die aktiveren Teilnehmenden andere post-deliberative Meinungen hatten als die weniger aktiven.⁹ Wir halten fest, dass es im Prozess von Bürgerdeliberation zwar sehr wohl Fragmentierungen geben kann, die dem Gleichheitspostulat in der deliberativen Theorie entgegenstehen. Doch die populäre These, dass sich in Bürgerdiskussionen quasi-automatisch rhetorisch geübte Leute mit hohem sozialem Status durchsetzen, findet nicht zwingend Bestätigung.

Während wir mittlerweile einiges über akteursspezifische Voraussetzungen in Bürgerdeliberationen wissen, sind die Wirkungen von institutionellen Variationen und des Diskussionsthemas noch wenig erforscht. Bezüglich Kultur zeigt sich, dass dieser Faktor offenbar eine viel geringere Rolle spielt als vielfach vermutet. Es gibt zwar Hinweise auf kulturelle Unterschiede beim Argumentieren (Min 2009), doch ein von Fishkin et al. (2010) durchgeführter DP in China setzt ein großes Fragezeichen hinter eine starke kulturelle Bedingtheit deliberativen Handelns. Obwohl sich China in gesellschaftlichen und politischen Aspekten stark von westlichen Gesellschaften unterscheidet, fanden sich in der Ergebnisdimension keine nennenswerten Unterschiede: Das Ausmaß der Präferenztransformationen und der Wissensgewinne waren in China nahezu gleich groß wie in westlichen DPs. Deliberation scheint somit in der Tat eine universelle Dimension sowie kulturelle Übertragbarkeit zu besitzen.

Ad Links [b] und [c] DPs induzieren in der Regel deutliche Meinungsänderungen, oft in Richtung progressiver und liberaler Positionen (wie beispielsweise weniger Ausländerdiskriminierung oder mehr Freihandel). In der Regel verzeichnen auch über zwei Drittel aller Einstellungs-Items signifikante Meinungsänderungen. Der Anteil derjenigen, die ihre Meinung ändern, liegt vielfach über 50 Prozent und radikale Meinungsänderungen können bis zu 20 Prozent betragen (Luskin et al. 2002). Zudem steigt das Wissensniveau der Teilnehmenden an (gemessen als korrekte Antworten zu Wissensfragen). Daneben finden sich

⁹ Im Gegensatz zu Gerber et al. (2012) und French und Laver (2009) kontrolliert Hansens Studie aber nicht für weitere Faktoren der Meinungsänderung (wie Grundpräferenzen oder politische Orientierung).

auch eine Reihe von wünschbaren Nebeneffekten: Bürgerdeliberation erhöht das politische Interesse, das politische Vertrauen sowie die kollektive Handlungsbereitschaft (siehe Grönlund et al. 2010). Schließlich finden sich kaum unerwünschte Gruppendynamiken, wie Konformitätseffekte oder Meinungspolarisierung (siehe Fishkin und Luskin 2005). Vielmehr finden Gerber et al. (2012) in Europolis bei mehreren Einstellungs-Items starke Depolarisierungseffekte und Mittetendenzen.

Allerdings ist der DP ein *package treatment* (bestehend aus Informationsmaterial, Expertenbefragung und Diskussionsprozess) und erlaubt daher nicht, die kausalen Effekte der einzelnen Komponenten genauer zu bestimmen. Anders gesagt: Wir wissen nicht, ob es die ausgewogene Information, die Expertenbefragung oder die Diskussion war, welche zu den Meinungsänderungen geführt hat. Dieses Defizit ist in den letzten Jahren mit alternativen Forschungsdesigns angegangen worden. Esterling et al. (2011) und Bächtiger et al. (2011) haben Personen, die an einem deliberativen Prozess teilnehmen wollten, zufällig auf drei Gruppen verteilt: Eine erste Gruppe, die sowohl Informationsmaterial erhielt und in Kleingruppen diskutierte; eine zweite Gruppe, die nur Informationsmaterial erhielt, aber nicht diskutierte; und eine dritte Gruppe, die als reine Kontrollgruppe fungierte. In beiden Feldexperimenten zeigt sich, dass es der kombinierte Effekt von Deliberation und Wissen ist, der nachhaltige Wissensgewinne wie auch Präferenztransformationen auslöst. Information *per se* spielt auch eine Rolle, aber die substantiellen Effekte sind deutlich kleiner als der kombinierte Effekt mit Deliberation. Mit anderen Worten: Der Prozess des Deliberierens macht in der Tat einen Unterschied.

Was bislang noch sehr ungenügend erforscht ist, sind die genauen *Transformationsmechanismen* (Link [b] in unserem Modell). Im Grunde beschränkt sich unser Wissen über Meinungsänderungen in DPs auf Link [c]: der DP produziert als *package treatment* Meinungsänderungen, aber wir wissen nicht so genau, wie diese zustanden gekommen sind. Es gibt einige Belege, dass die Meinungsänderungen in DPs auf Informations- und Lerngewinne zurückzuführen sind, was einem normativ gewünschten Transformationsmechanismus entspricht (Luskin et al. 2002). Neuere Studien zeigen aber ein pessimistischeres Bild. Im Kontext von Europolis hat Sanders (2012) mehrere Transformationsmechanismen - Wissensgewinn, Diskussionsqualität, Konformitätsdruck – überprüft; für keinen Mechanismus ergaben sich robuste Zusammenhänge für die signifikanten Meinungsänderungen. Sanders (2012, S. 24) vermutet daher einen Effekt durch den liberalen und progressiven Ethos des DP-Gefäßes, der die Meinungen der beteiligten Bürger subtil in Richtung liberaler und progressiver Meinungen treibt.

Wir bilanzieren: Obwohl Bürgerdeliberation noch einige Rätsel birgt, funktioniert sie unter unterstützenden institutionellen Bedingungen doch viel besser als die stärksten Kritiker vermutet haben: Zwar können nicht alle Bürger gleich gut deliberieren, doch dies scheint nicht quasi-automatisch die *demokratische* Qualität von Bürgerdeliberation zu unterminieren und bestehende Ungleichheiten zu verstärken. Diese positiven Resultate aus Bürgerdeliberation stehen damit in deutlichem Widerspruch zu psychologischen Laborexperimenten oder Jury-Deliberationen, in denen in der Regel sozialstrukturelle Unterschiede stark durchschlagen und sich auch in der Ergebnisdimension abbilden (z.B. Karpowitz et al. 2012). Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass das institutionelle Design von DPs in der Tat eine deliberationsfreundliche Umgebung schafft, die einen *civic spirit* begünstigt, was zum Beispiel im Kontext von Laborexperimenten so nicht der Fall ist. Eine andere Hypothese ist, dass deliberative Bürgerevents eine subtile Selbstselektion bewirken (unabhängig von sozialstrukturellen Selektionseffekten): Wie Esterling et al. (2012) am Beispiel von amerikanischen *townhall meetings* (*AmericaSpeaks*) aufzeigen, nehmen an diesen deliberativen Events großmehrheitlich Personen teil, welche tolerant gegenüber anderen ideologischen Positionen sind.

Das große Problem von Bürgerdeliberation scheinen aus unserer Sicht weniger die deliberativen Fertigkeiten von normalen Bürgern und die daraus resultierenden Ungleichheiten zu sein, sondern vielmehr die direkten Wirkungen von Bürgerdeliberation auf das politische System (oft als *scaling-up*-Problematik bezeichnet). Zwar gibt es einzelne Fälle, bei denen Inputs aus Bürgerdeliberationen von der etablierten Politik aufgenommen wurden; doch in den meisten Ländern ist Bürgerdeliberation kein regulärer Bestandteil des Politikzyklus (Pateman 2012). Für die Implementierung im Politikzyklus stehen meist handfeste Interessensgegensätze im Weg (Parkinson 2006; Hüller 2010). Weil Ergebnisse der Bürgerdeliberation nicht selten markant von den Entscheiden der etablierten Akteure abweichen, wehren sich letztere in der Regel gegen die Institutionalisierung von Bürgerdeliberation.

6 Bilanz und Forschungsperspektiven

Die Bilanz unseres Durchgangs durch die empirische Deliberationsforschung der letzten zehn Jahre fällt sicherlich gemischt, aber letztlich durchaus hoffungsvoll aus: Es gibt Spuren von Deliberation sowohl in der Politik wie in der Zivilgesellschaft, die auch normativ wünschbare Ergebnisse zeitigt. Zentral erwiesen sich dabei institutionelle Parameter, während kulturelle Faktoren kaum eine Rolle spielen. Akteurspezifische Faktoren sind ebenfalls von

Bedeutung, funktionieren aber unterschiedlich in der politischen und zivilgesellschaftlichen Sphäre; für letztere zeigt die bisherige empirische Forschung, dass skeptische Einwände bezüglich Überforderung der kognitiven Kapazitäten von Bürgern zumindest in Frage gestellt (wenn nicht teilweise entkräftet) werden. In Tabelle 1 sind die Ergebnisse zusammengefasst.

Tabelle 1: Bilanz der empirischen Deliberationsforschung der letzten zehn Jahren

	Politische Sphäre (Deliberation unter Politikern)	Zivilgesellschaft/Zivilgesel I. Sphäre (Deliberation unter Bürgern)
Voraussetzungen		
Institutionen	Konsensuale, reflexive und nicht-öffentliche Institutionen beinhalten positive Anreize sowie Handlungsspielräume, welche Deliberation begünstigen	<i>Deliberative Poll</i> als unterstützende und normsetzende Institution
„Kultur“	Nicht wichtig	Nicht wichtig
Thema	Tiefere Themenpolarisierung begünstigt Deliberation	Nicht systematisch untersucht
Akteure	Parteistrategien und Weltansichten wichtig; soziodemographische Merkmale irrelevant	soziodemographische Merkmale nicht relevant für Teilnahme, aber teilweise relevant im Prozess
Prozess	Deliberation als seltenes Ereignis: Anteil hochstehender Deliberation gering; Deliberation als multidimensionales Phänomen	Anteil hochstehender Deliberation mittel (im Vergleich mit Politik ist Begründungsrationalität tiefer, Respekt höher)
Ergebnisse		
Präferenztransformation	Selten; kaum fundamentale Meinungsänderungen, aber Anpassungen situationsspezifischer Präferenzen	Oft und gelegentlich auch große Meinungsänderungen
Epistemische Qualität	Nicht untersucht	Besseres Wissen
Konsens und Akkommodation	<i>Working agreements</i> unter maximal begünstigenden Bedingungen; Einstimmigkeit und	Spuren von Depolarisierung und Mittetendenz

	Zunahme Kompromissbereitschaft	
Nebeneffekte	Nicht untersucht	Deliberation erhöht politisches Vertrauen sowie kollektive Handlungsbereitschaft
<i>Transformationsmechanismen</i>	Hohe Deliberationsqualität korreliert mit Einstimmigkeit (obwohl Kausalitätsrichtung unklar)	Unklar: Wissensgewinn spielt teilweise eine Rolle, Deliberationsqualität nicht; keine Beeinflussung statushoher Bürger und wenig Indizien für problematische gruppendynamische Prozesse
Deliberation als Handlungslogik	Vermischung mit <i>bargaining</i> ; deliberative Verhandlungen als normatives Maximum; Problem der Abgrenzung zu rhetorischem Handeln	Authentizität kein großes Problem; es gibt Bürger mit hohen deliberativen Fertigkeiten
Herausforderung	(Geringes) Ausmaß von Deliberation in der realen Politik	<i>Scaling-up</i>

Insgesamt ist Deliberation in den letzten fünfzehn Jahren von einer „romantischen Illusion“ zu einem Mainstream-Konzept in der Politikwissenschaft herangewachsen. So wird Deliberation heute beispielsweise zunehmend in ökonomische Entscheidungsmodelle eingebaut (z.B. Goeree und Yariv 2011). Allerdings führt die Mainstream-Tendenz oft zu einer gewissen Aufweichung des Konzeptes: Gerade in ökonomischen Studien wird Deliberation auf Informationsweitergabe und Koordinationsleistungen reduziert, ohne dass die weiteren handlungstheoretischen Implikationen des Konzeptes, nämlich das kritische und kreative Hinterfragen von Geltungsansprüchen berücksichtigt werden (Risse-Kappen 1995).

Gleichzeitig ist Deliberation in den letzten Jahren auch zu einem *moving target* geworden (siehe Mutz 2008). Insbesondere die verschiedenen Rekonzeptualisierungen und die definitorische Diversität machen es zunehmend schwierig, Deliberation empirisch zu erfassen oder als empirische Handlungslogik zu falsifizieren. Die Problematik des *moving target* wird durch die *systemische Perspektive* (Parkinson und Mansbridge 2012) weiter verstärkt. Der systemische Ansatz stellt empirische und normative Fragen zu Beziehungen und Wechselwirkungen von verschiedenen Arenen im politischen System. Die Grundannahme ist, dass verschiedene Teile des Systems unterschiedliche deliberative Vor- und Nachteile besitzen, wobei selbst die Teile, deren deliberative Qualität tief ist, eine

wichtige Funktion für das gesamte deliberative System spielen können. Ein gutes Beispiel dafür ist Parteirhetorik, welche das deliberative Ideale des gegenseitigen Respekts und der gemeinsamen Lösungssuche verletzt, jedoch Inklusion und demokratische Mobilisierung befördern kann. Bis jetzt fehlen solche empirische Umsetzungen des systemischen Ansatzes weitgehend.¹⁰ Und so wichtig der systemische Ansatz für eine umfassendere (und auch realistischere) Analyse deliberativer Interaktionen auch ist, so liegt ihm doch eine Tendenz inne, kritische Studien zu „deliberative failures“ mit dem Argument auszuhebeln, deliberative Qualität werde systemisch mit gewissermassen unsichtbarer Hand doch irgendwie hergestellt.

Neben systemischen Sichtweisen gibt es auch einen Bedarf an Weiterentwicklungen auf der Mikro-Ebene. Wie unsere Durchsicht gezeigt hat, sind verschiedene Zusammenhänge noch nicht zufriedenstellend geprüft worden. Während wir mittlerweile einiges über Link [a] wissen, ist die Frage, warum Teilnehmende ihre Meinung ändern (Links [b] und [c] in unserem Modell) erstaunlich schlecht erforscht. Dabei braucht es insbesondere eine verstärkte Hinwendung zu psychologischen Ansätzen wie auch traditioneller politischer Kommunikationsforschung. Für die zukünftige Forschung empfiehlt sich auch der vermehrte Einsatz von Laborexperimenten, die nicht nur helfen, die verschiedenen Links in unserem Modell empirischer Deliberation stringent zu überprüfen, sondern auch empirische Blindstellen der Deliberationstheorie beleuchten können. Exemplarisch hierfür testet Grobe (2009) im Rahmen eines experimentellen Diktatorspiels eine Situation, die es ermöglicht, authentisches kommunikatives Handeln von anderen Handlungsmodi abzugrenzen. Und schließlich müssen deliberative Prozesse auch stärker qualitativ durchleuchtet werden, wie zum Beispiel Herbroth (2007, S. 155) angemahnt hat. Empfehlenswert sind hier insbesondere Rekonstruktionsleistungen mit den beteiligten Akteuren (insbesondere auch mit Politikern), wobei die Diskursteilnehmer die Bedeutung ihrer eigenen Sprechakte sowie die perzipierte Bedeutung der Sprechakte anderer Teilnehmenden herausarbeiten. So ließe sich besser eruieren, ob und unter welchen Bedingungen beispielsweise Respekt eine strategische oder verständigungsorientierte Dimension besitzt oder wie respektvolle Äusserungen von Diskursteilnehmenden je nach Kontext und Handlungssituation von anderen Teilnehmenden wahrgenommen werden.

Insgesamt bleibt nach einem guten Jahrzehnt empirischer Forschung über Deliberation vielfach offen, was wir wirklich gesehen haben, wenn wir deliberatives Handeln und *arguing* empirisch beobachten. Sind Akteure (insbesondere in der Politik), die ihre Positionen

¹⁰ Erste Ansätze in einer systemische Betrachtungsweise finden sich bei Landwehr und Holzinger (2010) und Pedrini (2013); für einen interessanten Operationalisierungsvorschlag siehe Beste (2013).

ausführlich begründen, Respekt und Empathie zeigen und auch einmal ihre Meinung ändern, wirklich deliberative Akteure, so wie es die Theorie kommunikativen Handelns vorsieht? Oder sind solche Sprechakte Epiphänomene anderer Handlungslogiken, wie etwa eines (kontextuell bedingten) sophistizierteren „rhetorischen Handelns“ (Schimmelfennig 2001), wodurch Deliberation letztlich unter die Logik des Konsequentialismus subsumiert werden müsste? Hier offenbaren sich interessante Parallelen zur Verhaltensökonomie. Verhaltensökonomien haben postuliert, dass es neben Eigennutzmotiven auch soziale Präferenzen wie Fairness und Altruismus gibt. Doch deren Existenz wird verschiedentlich angezweifelt. Binmore (2010) hält fest, dass es den Verhaltensökonomien zwar gelänge, die sozialen und eigennützigen Präferenzen im Labor zu trennen. Doch Laborexperimente sind spezifische Kontexte, aus denen keine Aussagen über soziale Präferenzen im Allgemeinen gezogen werden können. Betrachtet man die konzeptuelle und methodische Sophistizierung der Verhaltensökonomie, dann steht der empirischen Deliberationsforschung noch ein längerer und beschwerlicher Weg bevor, bis Deliberation den Status einer etablierten empirischen Handlungslogik in den Sozialwissenschaften erreichen kann.

Literatur

- Austen-Smith, David. 1992. Strategic Models of Talk in Political Decision Making. *International Political Science Review* 13 (1): 45–58.
- Bächtiger, André. 2005. *The Real World of Deliberation a Comparative Study of Its Favourable Conditions in Legislatures*. Berner Studien zur Politikwissenschaft. Bern: Haupt Verlag.
- Bächtiger, André, und Dominik Hangartner. 2010. “When Deliberative Theory Meets Empirical Political Science: Theoretical and Methodological Challenges in Political Deliberation.” *Political Studies* 58: 609–629.
- Bächtiger, André, Simon Niemeyer, Michael Neblo, Marco R. Steenbergen, and Jürg Steiner. 2010a. “Disentangling Diversity in Deliberative Democracy: Competing Theories, Their Blind Spots and Complementarities.” *Journal of Political Philosophy* 18: 32–63.
- Bächtiger, André, Seraina Pedrini, und Mirjam Ryser. 2010b. “Prozessanalyse politischer Entscheidungen: Deliberative Standards, Diskurstypen und Sequenzialisierung.” In *Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie. Band 6: Schwerpunkt neuere Entwicklungen des Konzepts der Rationalität und ihre Anwendungen*. Hrsg. Joachim Behnke, Thomas Bräuninger, und Susumu Shikano, 193–226. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bächtiger, André, Marco Steenbergen, Thomas Gautschi, and Seraina Pedrini. 2011. Deliberation in Swiss direct democracy: A field experiment on the expulsion initiative. *NCCR Newsletter*, No 8, February 2011.
- Bächtiger, André. 2013. Empirische Deliberationsforschung. In *Zeitgenössische Demokratietheorie*, Band 2. Hrsg. Oliver Lembcke, Claudia Ritzi und Gary S. Schaal. Berlin: Springer. (i.E.)
- Beste, Simon. 2013. Social politics in a mass-democratic “deliberative system. Universität Kassel.
http://www.unikassel.de/fb05/fileadmin/datas/fb05/Simon_Beste_Expose_01.pdf
- Binmore, Ken. 2010. Social Norms or Social Preferences? *Mind & Society* 9 (2): 139–157.
- Caluwaerts, Didier. 2012. *Confrontation and Communication. Deliberative Democracy in Divided Belgium*. Bruxelles: Peter Lang.
- Chambers, Simone. 1996. *Reasonable Democracy: Jürgen Habermas and the Politics of Discourse*. Ithaca: Cornell University Press.
- Deitelhoff, Nicole. 2006. *Überzeugung in der Politik: Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Deitelhoff, Nicole. 2007. Was vom Tage übrig blieb. Inseln der Überzeugung im vermachteten Alltagsgeschäft internationalen Regierens. In *Anarchie der kommunikativen Freiheit: Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*. Hrsg. Peter Niesen und Benjamin Herborth, 26–56. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dietrich, Franz, und Christian List. 2012. Where Do Preferences Come From? *International Journal of Game Theory*: 1–25.
- Erikson, Erik O. 2007. Deliberation und demokratische Legitimität in der EU - Zwischen Konsens und Kompromiss. In *Anarchie der kommunikativen Freiheit: Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*. Hrsg. Peter Niesen und Benjamin Herborth, 294–320. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Esterling, Kevin M. 2011. ‘Deliberative Disagreement’ in US Health Policy Committee Hearings. *Legislative Studies Quarterly* 36: 169–198.
- Esterling, Kevin M., Michael A. Neblo, und David M. J. Lazer. 2011. Means, Motive, and Opportunity in Becoming Informed About Politics: A Deliberative Field Experiment with Members of Congress and Their Constituents. *Public Opinion Quarterly* 75 (3): 483–503.

- Esterling, Kevin M., Archon Fung, und Taeku Lee. 2012. Small Group Persuasion at the OBOE Townhalls. SSRN Scholarly Paper. Rochester, New York: Social Science Research Network.
- Fearon, James D. 1998. Bargaining, Enforcement, and International Cooperation. *International Organization* 52 (2): 269–305.
- Fishkin, James S. 1995. *The Voice of the People: Public Opinion and Democracy*. New Haven: Yale University Press.
- Fishkin, James S. 2009. *When the People Speak: Deliberative Democracy and Public Consultation*. Oxford: Oxford University Press.
- Fishkin, James S, und Robert C Luskin. 2005. Experimenting with a Democratic Ideal: Deliberative Polling and Public Opinion. *Acta Politica* 40 (3): 284–298.
- Fishkin, James S., Baogang He, Robert C. Luskin, und Alice Siu. 2010. Deliberative Democracy in an Unlikely Place: Deliberative Polling in China. *British Journal of Political Science* 40 (2): 435–448.
- French, Damien, und Michael Laver. 2009. Participation Bias, Durable Opinion Shifts and Sabotage through Withdrawal in Citizens' Juries. *Political Studies* 57 (2): 422–450.
- Ganghoff, Steffen und Thomas Bräuninger. 2006. Government Status and Legislative Behaviour: Partisan Veto Players in Australia, Denmark, Finland and Germany. *Party Politics* 12: 521-539.
- Gerber, Marlène, André Bächtiger und Susumu Shikano. 2012. Deliberative Abilities of Ordinary Citizens. Evidence from a transnational deliberative poll (Europolis). (In Begutachtung).
- Goeree, Jacob K., und Leeat Yariv. 2011. An Experimental Study of Collective Deliberation. *Econometrica* 79 (3): 893–921.
- Goodin, Robert E. 1996. Institutionalizing the Public Interest: The Defense of Deadlock and Beyond. *American Political Science Review* 90 (2): 331–343.
- Grobe, Christian. 2009. Wie billig ist Reden wirklich? *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 16 (2): 269–297.
- Grönlund, Kimmo, Maija Setälä, und Kaisa Herne. 2010. Deliberation and Civic Virtue: Lessons from a Citizen Deliberation Experiment. *European Political Science Review* 2 (1): 95–117.
- Gutmann, Amy, und Dennis F. Thompson. 1996. *Democracy and Disagreement*. Cambridge, Mass.: Belknap Press of Harvard University Press.
- Habermas, Jürgen. 1981. *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bände. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1983. *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1992. *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1996. *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 2005. Concluding Comments on Empirical Approaches to Deliberative Politics. *Acta Politica* 40 (3): 384–392.
- Habermas, Jürgen. 2007. Kommunikative Rationalität und grenzüberschreitende Politik: eine Replik. In *Anarchie der kommunikativen Freiheit: Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*. Hrsg. Peter Niesen und Benjamin Herborth, 406–459. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 2012. *Nachmetaphysisches Denken II. Aufsätze und Repliken*. Berlin: Suhrkamp.
- Hanrieder, Tine. 2008. Moralische Argumente in den internationalen Beziehungen. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 15 (2): 161–186.

- Hansen, Kasper M. 2010. The Equality Paradox of Deliberative Democracy: Evidence from a National Deliberative Poll. In *Political Discussion in Modern Democracies. A Comparative Perspective*. Hrsg. Michael R. Wolf, Laura Morales, und Ken'ichi Ikeda, 26–43. London: Routledge.
- Hartmann, Stephan, und Soroush Rafiee Rad. 2013. Voting, Deliberation, and Truth. Manuskript. Munich Center for Mathematical Philosophy, LMU Munich.
- Herborth, Benjamin. 2007. Verständigung verstehen. Anmerkungen zur ZIB-Debatte. In *Anarchie der kommunikativen Freiheit: Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*. Hrsg. Peter Niesen und Benjamin Herborth, 147–172. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hibbing, John R., und Elizabeth Theiss-Morse. 2002. *Stealth Democracy: Americans' Beliefs About How Government Should Work*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Holzinger, Katharina. 2001. Kommunikationsmodi und Handlungstypen in den internationalen Beziehungen. Anmerkungen zu einigen irreführenden Dichotomien. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 8 (2): 243–286.
- Hüller, Thorsten. 2010. Playground or Democratisation? New Participatory Procedures at the European Commission. *Swiss Political Science Review* 16 (1): 77–107.
- Kalwitzki, Thomas, Bernhard Kittel, Wolfgang Luhan und Birgit Peuker. 2013. Strategische Wort-Wahl in der Politik: Ein qualitativer Ansatz zur Analyse experimenteller Gremienwahlen. In *Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie. Band 8: Schwerpunkt Deliberation und Aggregation*. Hrsg. André Bächtiger, Eric Linhart, und Susumu Shikano, 193–226. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Karpowitz, Christopher F., Tali Mendelberg, und Lee Shaker. 2012. Gender Inequality in Deliberative Participation. *American Political Science Review* 106 (3): 533–547.
- Keck, Otto. 1995. Rationales kommunikatives Handeln in den internationalen Beziehungen. Ist eine Verbindung von Rational-Choice-Theorie und Habermas' Theorie des Kommunikativen Handelns möglich? *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1): 5–48.
- Kittel, Bernhard. 2009. Eine Disziplin auf der Suche nach Wissenschaftlichkeit: Entwicklung und Stand der Methoden in der deutschen Politikwissenschaft. *Politische Vierteljahresschrift* 50 (3): 577–603.
- Kunda, Ziva. 1990. The Case for Motivated Reasoning. *Psychological Bulletin* 108 (3): 480–498.
- Landa, Dimitri, und Adam Meirowitz. 2009. Game Theory, Information, and Deliberative Democracy. *American Journal of Political Science* 53 (2): 427–444.
- Landemore, Hélène (2013). *Democratic Reason. Politics, Collective Intelligence, and the Rule of the Many*. Princeton: Princeton University Press.
- Landwehr, Claudia, und Katharina Holzinger. 2010. Institutional Determinants of Deliberative Interaction. *European Political Science Review* 2 (3): 373–400.
- Lord, Christopher, und Dionysia Tamvaki. 2013. The Politics of Justification? Applying the 'Discourse Quality Index' to the Study of the European Parliament. *European Political Science Review* 5 (1): 27–54.
- Luskin, Robert C., James S. Fishkin, und Roger Jowell. 2002. Considered Opinions: Deliberative Polling in Britain. *British Journal of Political Science* 32 (3): 455–487.
- Lynch, Marc. 2002. Why Engage? China and the Logic of Communicative Engagement. *European Journal of International Relations* 8 (2): 187–230.
- Mackie, Gerry. 2011. Deliberation, but Voting Too. In *Approaching Deliberative Democracy: Theory and Practice*. Ed. R. Cavalier, 75-104. Albany: State University of New York Press.

- Mansbridge, Jane. 2009. A 'Selection Model' of Political Representation. *Journal of Political Philosophy* 17 (4): 369–398.
- Mansbridge, Jane, James Bohman, Simone Chambers, Thomas Christiano, Archon Fung, John Parkinson, Dennis F. Thompson and Mark E. Warren. 2012. A systemic approach to deliberative democracy. In *Deliberative Systems: Deliberative Democracy at the Large Scale*, eds. John Parkinson and Jane Mansbridge, 1-26. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mansbridge, Jane (2013). Deliberative und Nicht-Deliberative Verhandlungen. In *Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie. Band 8: Schwerpunkt Deliberation und Aggregation*. Hrsg. André Bächtiger, Eric Linhart, und Susumu Shikano, 193–226. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Markovits, Elizabeth. 2006. The Trouble with Being Earnest: Deliberative Democracy and the Sincerity Norm. *Journal of Political Philosophy* 14: 249–269.
- May, Andrea. 2005. Deliberation, eine Frage von Persönlichkeit? Kognitive Handlungstheorien und Perspektiven von Handlungstypen. Lizentiatsarbeit, Bern: Universität Bern.
- Min, Seong-Jae. 2009. Deliberation, East Meets West: Exploring the Cultural Dimension of Citizen Deliberation. *Acta Politica* 44 (4): 439–458.
- Müller, Harald. 1994. Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (1): 15–44.
- Müller, Harald. 2007. Internationale Verhandlungen, Argumente und Verständigungshandeln. Verteidigung, Befunde, Warnung. In *Anarchie der kommunikativen Freiheit: Jürgen Habermas und die internationalen Politik*. Hrsg. Peter Niesen und Benjamin Herborth, 199–223. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mutz, Diana C. 2008. Is Deliberative Democracy a Falsifiable Theory? *Annual Review of Political Science* 11 (1): 521–538.
- Neblo, Michael A., Kevin M. Esterling, Ryan P. Kennedy, David M. J. Lazer, und Anand E. Sokhey. 2010. Who Wants To Deliberate - And Why? *American Political Science Review* 104 (3): 566–583.
- Parkinson, John. 2006. *Deliberating in the Real World: Problems of Legitimacy in Deliberative Democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Parkinson, John R., und Jane J. Mansbridge. 2012. *Deliberative Systems. Deliberative Democracy at the Large Scale*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pateman, Carole. 2012. Participatory Democracy Revisited. *Perspectives on Politics* 10 (1): 7–19.
- Pedrini, Seraina. 2013. Deliberative Capacity in the Political and Civic Sphere. *Swiss Political Science Review* (i.E.)
- Pritzlaff, Tanja und Frank Nullmeier. 2009. Zu einer Theorie politischer Praktiken. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 38 (1): 7-22.
- Risse, Thomas. 2000. Let's Argue! Communicative Action in World Politics. *International Organization* 54 (1): 1–40.
- Risse-Kappen, Thomas. 1995. Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1): 171–184.
- Risse, Thomas. 2007. Global Governance und kommunikatives Handeln. In *Anarchie der kommunikativen Freiheit: Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*. Hrsg. Peter Niesen und Benjamin Herborth, 57-86. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Sanders, David. 2012. The Effects of Deliberative Polling in an EU-wide Experiment: Five Mechanisms in Search of an Explanation. *British Journal of Political Science* 42 (3): 617–640.
- Sanders, Lynn M. 1997. Against Deliberation. *Political Theory* 25 (3): 347–376.

- Saretzki, Thomas. 2007. Argumentieren, Verhandeln und Strategie. Theoretische Referenzen, begriffliche Unterscheidungen und empirische Studien zu Arguing und Bargaining in der internationalen Politik. In *Anarchie der kommunikativen Freiheit: Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*. Hrsg. Peter Niesen und Benjamin Herborth, 111–146. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schaal, Gary S. und Claudia Ritzi. 2009. Empirische Deliberationsforschung. MPIfG Working Paper 09/9. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Scharpf, Fritz W.. 1997. *Games Real Actors Play: Actor-centered Institutionalism in Policy Research*. Vol. 1997. Boulder: Westview Press Boulder.
- Schimmelfennig, Frank. 2001. The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Eastern Enlargement of the European Union. *International Organization* 55 (1): 47–80.
- Schmalz-Bruns, Rainer. 1995. Die Theorie kommunikativen Handelns - eine Flaschenpost? Anmerkungen zur jüngsten Theoriedebatte in den internationalen Beziehungen. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (2): 347–370.
- Schneider, Gerald. 2008. De Deliberatibus Disputandum Est: A Response to Jürg Steiner. *European Political Science* 7 (2): 199–206.
- Shapiro, Ian. 1999. Enough of Deliberation: Politics is About Interests and Power. In *Deliberative Politics: Essays on "Democracy and Disagreement"*. Hrsg. Stephen Macedo, 28–38. New York: Oxford University Press.
- Spörndli, Markus. 2004. *Diskurs und Entscheidung: Eine empirische Analyse kommunikativen Handelns im deutschen Vermittlungsausschuss*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Steiner, Jürg, André Bächtiger, Markus Spörndli, und Marco Steenbergen. 2004. *Deliberative Politics in Action: Analysing Parliamentary Discourse*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sunstein, Cass R. 2002. The Law of Group Polarization. *Journal of Political Philosophy* 10 (2): 175–195.
- Taber, Charles S., und Milton Lodge. 2006. Motivated Skepticism in the Evaluation of Political Beliefs. *American Journal of Political Science* 50 (3): 755–769.
- Gutmann, Amy, und Dennis Thompson. 1996. *Democracy and Disagreement*. Cambridge, MA: Belknap Press of Harvard University Press.
- Thompson, Dennis F. 2008. Deliberative Democratic Theory and Empirical Political Science. *Annual Review of Political Science* 11 (1): 497–520.
- Ulbert, Cornelia, und Thomas Risse. 2005. Deliberately Changing the Discourse: What Does Make Arguing Effective? *Acta Politica* 40 (3): 351–367.
- Vanberg, Victor and Buchanan, James. M. 1989. Interests and Theories in Constitutional Choice. *Journal of Theoretical Politics* 1 (1): 49–62.
- Weihe, Anne, Tanja Pritzlaff, Fran Nullmeier, F., Tilo Felgenhauer und Britta Baumgarten. 2008). Wie wird in politischen Gremien entschieden? Konzeptionelle und methodische Grundlagen der Gremienanalyse. *Politische Vierteljahresschrift* 49 (2): 339–359.
- Young, Iris M. 2002. *Inclusion and Democracy*. Oxford: Oxford University Press.